



# Der Wandel des Sicherheitsbegriffs

Auszug Sicherheitsbulletin Q1 2009

<http://www.wipn.de>

Autor: Kay Golze, sowie Co-Autoren des Think Tanks STRATPROG

2. Aktualisierte Auflage, April 2009 (30.03.2009)

### Impressum

Herausgeber und Vertrieb

WIPN Group

Internet: [www.wipn.de](http://www.wipn.de)

E-Mail: [mail@wipn.de](mailto:mail@wipn.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotodruck oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers übersetzt, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

### Rechtliche Hinweise

Die Studien werden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Trotzdem kann die WIPN Group keine Haftung für die Nutzung der Studien übernehmen. Haftungsansprüche gegen die WIPN Group, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der Studien verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens des Autors kein nachweislich fahrlässiges oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt.

Alle innerhalb der Studien genannten und ggf. durch Dritte geschützten Marken- und Warenzeichen unterliegen uneingeschränkt den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Allein aufgrund der bloßen Nennung ist nicht der Schluss zu ziehen, dass Markenzeichen nicht durch Rechte Dritter geschützt sind!

---

## Inhaltsverzeichnis

---

<a href="#"><i>Quellen für vertiefende Studien, Analysen, Statistiken</i></a> .....	5
<a href="#"><i>Der Wandel des Sicherheitsbegriffs</i></a> .....	7



## Quellen für vertiefende Studien, Analysen, Statistiken

---

Quellen und Studien wurden vor allem mit dem Ziel umfassender Informationsgewinnung gesichtet. Dabei wurden, unabhängig von politischen Einordnungen, eine möglichst große Brandbreite betrachtet. Grundlage aller Quellen sind die Seriosität, Zuverlässigkeit, Nachvollziehbarkeit der Aussagen und ihrer eigenen Quellen. Die Quellenangaben in dieser Studie umfassen nur die wesentlichen Quellen. Der Autor beabsichtigt in einer neuen und erweiterten Auflage eine aktuelle Informationsliste zu diesem Thema herauszugeben. Sie wird mehrere Seiten umfassen.

- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
- School of Advanced Military Studies United States Army Command and General Staff College Fort Leavenworth, Kansas
- Headquarters Department of the Army, Washington
- EPIC Electronic Privacy Information Center, Washington
- Project for the new American Century, Washington: Rebuilding American's Defenses, Strategy, Forces and Resources For a New Century
- American Enterprise Institute, Washington
- Global Network Initiative, Protecting and Advancing Freedom of Expression and Privacy in Information and Communications Technologies
- Xamit Beratungsgesellschaft mbH
- WIPN Group, Studie zur Sicherung der Persönlichkeitsrechte im Internet
- Universität Dresden, Institut für Systemanalyse
- Dr. Ralf Bendrath, Postmoderne Kriegsdiskurse u.a.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Hightechstrategie für Deutschland
- AGOF e.V., Veröffentlichungen und Statistiken
- SAP in Zusammenarbeit mit der Initiative „Deutschland sicher im Netz“; Faktor Mensch: Die Kunst des Hackens oder warum Firewalls nichts nützen
- NATO, Strategisches Konzept von 1999
- NATO Press Communiqué - 24. April 1999
- NATO Handbuch 2001
- Weißbuch 2006 der Bundesregierung zur Verteidigungspolitik
- Army Special Operations Forces, Unconventional Warfare, Sept. 2008
- Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik

- Heise Online, Archive
- Telepolis Online
- Spiegel Online, Archiv
- Financial Times Deutschland, Archiv
- Süddeutsche Zeitung, Archiv
- Revolution in Military Affairs, Joint Vision 2010/2020
- Jörg Becker/Mira Beham, Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod
- Kishore Mahbubani: Die Rückkehr Asiens. Das Ende der westlichen Dominanz
- Andre Gunder Frank: ReOrient (Deutsche Ausgabe ab September 2009)
- Internationale Energieagentur der OECD (IEA)
- Association of the Study of Peak Oil (ASPO)
- Infowar-Monitor Organisation

## Der Wandel des Sicherheitsbegriffs

Der Sicherheitsbegriff auf staatlicher Ebene unterliegt einem ständigen Wandel. Er ist abhängig von der jeweiligen machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessenlage und reflektiert reale, objektive Risiken oder Bedrohungen nur in einem sehr begrenzten Umfang. So wurde im Kalten Krieg von westlicher Seite das militärische Potential der Sowjetunion stets überzeichnet. Derzeit werden die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren alarmistisch überzeichnet, um vom Staat erwünschte Eingriffe in die Freiheit und Privatsphäre des Bürgers auszuweiten.

Für das tiefere Verständnis der hier vorgelegten Analyse werden die Hintergründe für den Wandel des Sicherheitsbegriffs kurz zusammengefasst. Dabei ist zu sehen, dass parallel zu diesem Wandel auch die modernen Kommunikationsmedien wie z.B. das Internet entwickelt worden sind. Die Erkenntnisse über die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Märkte und der global vernetzten Kommunikationstechnologie sowie über ihre jeweiliges Rückkopplungspotentiale eröffnen ein umfassendes Verständnis für die Notwendigkeit, eigene Sicherheitsstrategien zu etablieren.

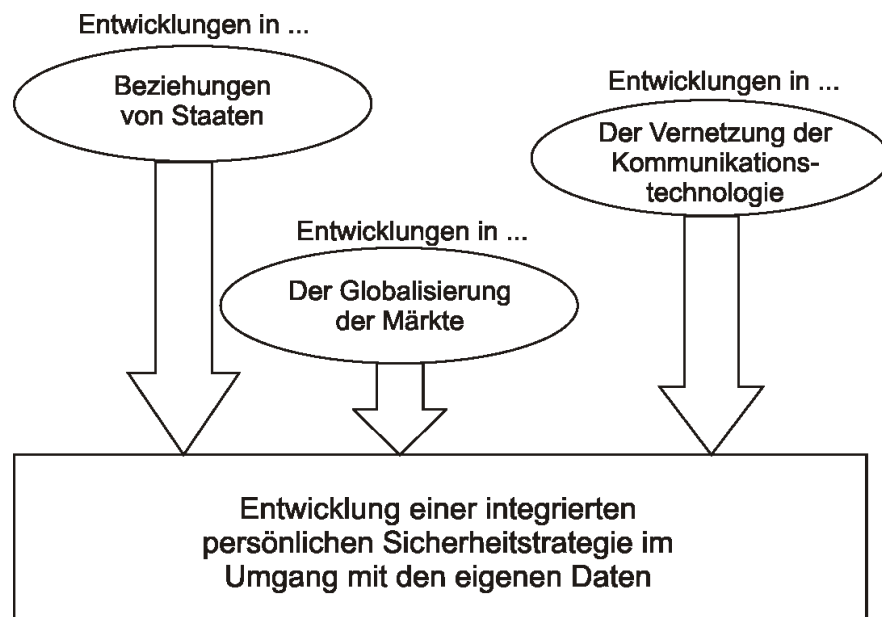


Abbildung 1: Einflussgrößen der Entwicklung des Sicherheitsverständnisses

Die äußere Sicherheit eines Staates zu gewährleisten ist Aufgabe seiner Streitkräfte. Alle Sicherheitsbegriffe innerhalb eines Staates ordnen sich direkt oder indirekt in diesen Rahmen ein und beziehen sich auf die für die äußere Sicherheit entwickelten Doktrinen, Strategien und Zielsetzungen. Mit Blick auf die Sicherheit moderner Kommunikationstechnik zeigt sich, dass vor allem in diesem Bereich ein erheblicher Einfluss militärischer Überlegungen vorhanden ist.

Der Wandel im internationalen Beziehungsgefüge hatte bereits vor der Auflösung des Ostblocks eingesetzt, erhielt aber durch die „Wen-

de“ in Deutschland ein erhebliches Momentum. Er hängt eng zusammen mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und ihres Ordnungsrahmens, also dem, was heute als „Globalisierung“ bezeichnet wird. Mit der Erweiterung der nationalen Märkte zu globalen Märkten und der Etablierung einer entsprechenden globalen Wirtschaftsordnung geht ein Wandel der Interessenlage und folglich des Sicherheitsbegriffs einher, begleitet durch die technologische Entwicklung in den Kommunikationsmedien und der Leistungsfähigkeit moderner Datenverarbeitungsanlagen.

Auf der militärpolitischen Ebene lässt sich somit der Wandel der Beziehungen zwischen den Staaten auch am Wandel des Sicherheitsbegriffes ablesen.

Früher fand die Erwirtschaftung von nationalem Reichtum vorwiegend innerhalb einer Volkswirtschaft statt. Dabei waren die Staatsgrenzen in der Regel mit den Grenzen der Volkswirtschaften identisch. Mit der massiven Industrialisierung und der Ausweitung des Welthandels seit dem 19. Jahrhundert – unterbrochen von der Zeit zwischen dem 1. Weltkrieg und dem Ende des 2. Weltkrieges – wurden entwickelte Volkswirtschaften im erhöhten Maß von der Versorgung mit Rohstoffen abhängig, über die sie selber nicht verfügten. Die damit verbundenen Gefahren zeigten sich erstmals einer breiten Öffentlichkeit mit der sog. Ölkrise der 1970er Jahre. Die Absicherung von Rohstofflieferungen war für jedermann sichtbar eine existentielle Funktion des wirtschaftlichen Systems der Volkswirtschaften der Industriestaaten geworden. Die USA entwickelten vor diesem Hintergrund die „Carter-Doktrin“, die den Zugriff auf die Ölvorräte im Nahen Osten zum „nationalen Sicherheitsinteresse“ erklärte. Sie gilt bis heute.

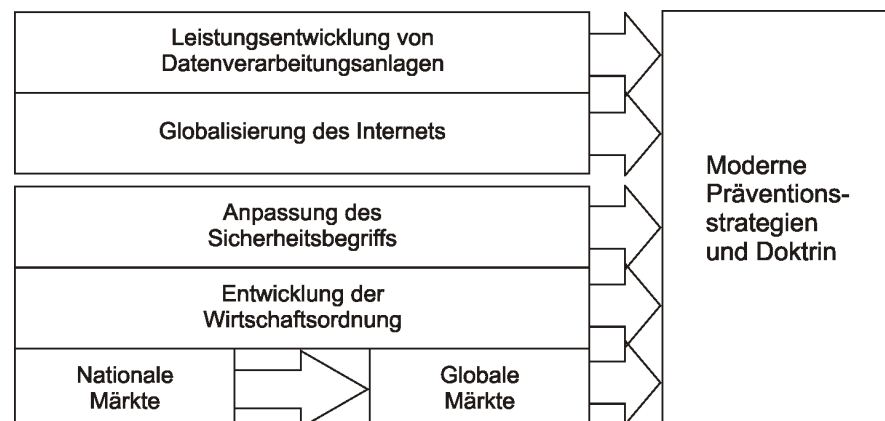
In den 1980er Jahren entwickelten sich die großen nationalen Konzerne im Rahmen der Doktrin des „freien Welthandels“ zu transnationalen „Global Player“, die ihre Produktionsstrukturen auf verschiedene Länder verteilten. Mit dieser Entwicklung setzten sich globale Kapitalverwertungsbedingungen durch. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995, in der die westlichen Industriestaaten dominieren und die Regeln setzen. Ihre Aufgabe ist es, dem Prinzip des „freien Handels“ weltweit Geltung zu verschaffen. In der Folge bedeutete das, dass die nationalen Märkte der Volkswirtschaften zu Teilen des Weltmarktes wurden und werden und dessen Bedingungen unterliegen, von ihnen selbst jedoch nur begrenzt beeinflussbar sind. Im Rahmen dieser Analyse geht es nicht darum, das Pro oder Kontra dieser Entwicklung zu erörtern, sondern darum, ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Sicherheitsstrategien darzulegen, die wiederum von der jeweiligen Konkurrenzsituation und den gesamtpolitischen Zielen der Staaten abhängig sind.

An diese Entwicklung wurden die bisher am Nationalstaat ausgerichteten Sicherheitskonzepte angepasst. Mit der Gründung der WTO wurde die Organisation der Wirtschaft nicht mehr national sondern transnational ausgerichtet. Parallel dazu – durch das WTO-Abkommen befördert – fand die kommunikative Globalisierung, also die der Medien statt (u.a. Unterhaltungsindustrie, CNN, Internet, etc.). Entgegen diesen Entwicklungen stehen die Staaten, die nicht der Entwicklung der Globalisierung der Märkte gefolgt sind.



Somit hat der Weltmarkt eine massive Durchsetzungskraft gegenüber den einzelnen Nationalstaaten entwickelt, die politisch territorial organisiert sind. Damit verschärfen sich jedoch auch Ungleichheiten innerhalb und nicht mehr überwiegend nur außerhalb der einzelnen Gesellschaften (Kapital, Arbeitsplätze und Informationen können frei wandern, wie die Güterströme). Die Ausrichtung der Volkswirtschaften auf die Verwertungsinteressen transnational arbeitender Konzerne zulasten der binnenmarktorientierten Unternehmen und des Faktors Arbeit ist heute in fast allen Industrienationen umfassend auf den Weg gebracht worden. Hieraus zunehmend entstehende und sich verschärfende Ungleichheiten innerhalb der nationalen Gesellschaften können gravierende Folgen entwickeln und ihre Stabilität gefährden (auf Gesellschaftsteile bezogene Verarmung, Radikalisierung, Abspaltungen, Desintegration, etc.), die bislang ausschließlich mit Entwicklungsländern, nicht jedoch mit demokratisch verfassten Industrienationen assoziiert wurden, wie schwindende Akzeptanz des demokratischen/politischen Systems (siehe Rückgang der Wahlbeteiligung) sowie letztlich gewaltsame Auseinandersetzungen mit bürgerkriegsähnlichem Charakter. Die ersten Vorboten einer solchen Entwicklung zeigen sich bereits in der Folge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in Frankreich, Litauen und Großbritannien.

Unter diesen Bedingungen und bei Abwesenheit eines staatlichen äußeren Gegners geht es den politischen Eliten nicht mehr um die Sicherung von Territorien oder Volkswirtschaften, sondern um das „Funktionieren“ des Wirtschaftsprozesses/Wirtschaftsmodells insgesamt. In der folgenden Grafik werden die Entwicklungen von Unten nach Oben und von Links nach Rechts zusammengefaßt aufgezeigt.



*Abbildung 2: Entwicklung moderner Präventionsstrategien und Doktrin*

Entsprechend wurden Sicherheitsbegriff und Sicherheitskonzepte angepasst. Der Sicherheitsbegriff wurde um die Sicherung der gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge – um die Absicherung der Globalisierungsrisiken – erweitert. Dieser Logik folgend sind die Sicherheitsdoktrinen auf der militärischen Ebene seit 1990 auf die „Sicherheit vor Risiken“ angepasst worden. Die NATO hat 1991 und 1999 in ihrem jeweils verabschiedeten „Neuen Strategischen Konzept“ (siehe gleichnamige Dokumente) den neuen Sicherheitsbegriff

übernommen und legitimiert und damit ihre Daseinsberechtigung nach dem Ende des Systemkonflikts (Mauerfall bzw. Ende der UDSSR).

Die heutigen „Risiken“ werden auch unter dem Sammelbegriff „Instabilität“ zusammengefasst. Mit dem Begriff der „Sicherheit vor Risiken“ konnten somit auf den Nationalstaat bezogene Sicherheitsanforderungen, die in der Regel einen Gegner von außen annahmen, in exterritoriale oder auch innerstaatliche Szenarien umgewandelt werden (siehe auch die Weiterentwicklung der Strategische Konzepte der NATO). Mit dem neuen Sicherheitsbegriff wurde die frühere nationalstaatliche Sicherheitsstrategie den globalisierten Märkte angepaßt und Einsätze in anderen Staaten wie auch im Innern (des eigenen Territoriums) legitimiert. Die NATO bezeichnet diese Einsätze als „out of area“, weil sie außerhalb des Gebietes stattfinden, das im Nordatlantikvertrag definiert ist.

Die neuen „Risiken“ werden nicht mehr, wie noch bei der früheren „Bedrohung“ an konkreten Akteuren festgemacht. Als Risiken können alle Entwicklungen wahrgenommen werden, deren Ausgang offen ist und aus denen irgendwann eine Störung des globalen Kapitalverwertungsprozesses bzw. eine Störung im Funktionieren des Wirtschaftsmodells entstehen kann. Mit diesem weitgefassten Sicherheitsbegriff ist im Prinzip alles, was in einer Gesellschaft, der Politik und der Ökonomie weltweit passiert, für den Zugriff des Militärs interessant, da die prinzipielle Offenheit aller Veränderungen in einem Staat, zwischen Staaten oder durch allgemeine Entwicklungen hervorgerufen (Klimawandel) ein mögliches Risiko darstellt. In diesem neuen strategischen Ansatz entfällt der Bezug zu einem konkreten Gegner. In der Konsequenz entfällt die Option zu Verhandlungen, die deeskalierend wirken können. Mit einem „abstrakten Risiko“ lassen sich keine Verhandlungen führen, etwa im Rahmen von vertrauensbildenden Maßnahmen oder Abrüstungskonferenzen.

In der Logik dieser Sicherheitsstrategie/Sicherheitspolitik kann gegen „Risiken“ nur eine „Risikovorsorge“ eingesetzt werden. Anders als früher, nimmt das Militär daher nicht mehr die Rolle des letzten Mittels ein, sondern wird als eines von vielen, als „normales“ Instrument zum „Krisenmanagement“ angesehen. Der Einsatz von Militär gegen die eigene Bevölkerung wird wieder salonfähig. Damit dringt aber das militärische Handlungsfeld auch in soziale Bereiche der eigenen Bevölkerung ein, die traditionell nicht als militärischer Handlungskontext angesehen wurden. Im internationalen Kontext wird mit dieser Entwicklung die Krisenprävention mit zivilen Mitteln zurückgedrängt und wird durch völkerrechtlich nicht gedeckte militärische „Präventivkriegsführungen“ ersetzt.

Im Bereich der inneren Sicherheit geht es nun parallel zur Strafverfolgung um „Sicherheitsvorsorge“, um Präventionsmaßnahmen. Damit erhalten Polizei und Justiz weit im gesellschaftlichen Vorfeld von eventuellen Straftaten eine erweiterte Zuständigkeit (siehe Gesetzesänderungen seit 2006 eingebracht durch das Innenministerium). Innerhalb Europas wurden auf Basis dieser strategischen Überlegungen auch konkrete Abkommen zwischen den Nationalstaaten, wie z.B. das „Schengener Abkommen“, unterzeichnet. In diesem Abkommen können sogenannte „Sicherheitsschleier“ ausgelegt werden, die

Kriminellen ebenso wie auch der eigenen Bevölkerung gelten (unscharfe, im Rahmen der Sicherheitsvorsorge angewandte Maßnahmen ohne konkrete Zielpersonen, sondern zur Abwehr von abstrakten Risiken).

Vor diesem Hintergrund sind auch die aktuellen Entwicklungen (2008 und 2009) in den Gesetzesvorlagen zur Vorratsdatenspeicherung, zur Onlinedurchsuchung, zu den erweiterten BKA-Zuständigkeiten und zu den Bestrebungen zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu beurteilen.

Mit dem geänderten Sicherheitsbegriff, vor dem Hintergrund der Globalisierung und der parallel dazu verlaufenden Entwicklung der Kommunikationsmedien entstanden auch vollkommen neue strategische Überlegungen, die zu neuen strategischen Szenarien wie „Cyber war“ oder „Information Warfare“ geführt haben (siehe auch Think Tank RAND Corporation). Die Folge war die Gründung der „School of Information Warfare and Strategy“ an der National Defense University in Washington. Die hier entwickelten Strategien wurden in die Strategiepapiere des US-Generalstabes „Joint Vision 2010“ und „Joint Vision 2020“ aufgenommen. Als Standardwerk wurde das Buch „War and Anti-War“ von Alvin und Heidi Toffler angesehen, in dem eine neue Form des Krieges vorhergesagt wurde, die auf der Beherrschung der Information basiert. In Rahmen dieser Entwicklungen ist auch der Begriff der „Full Spectrum Dominance“ geprägt worden, auf den später in diesem Bulletin eingegangen wird.

Wenn jedoch in den Kriegen der Zukunft nicht mehr die Feuerkraft, sondern die *Informationsvorherrschaft* entscheidend ist, dann zielt die Krisenstrategie nicht mehr auf die „Hardware“ des Gegners – seine Infrastruktur und Produktionskapazitäten, sein Militär – sondern auf den Geist der Menschen in einer anderen Volkswirtschaft. Dabei soll die *Selbst- und Umweltwahrnehmung des Gegners so strukturiert werden, dass er dem Willen des Angreifers folgt, ohne mit Gewalt gezwungen zu werden* (George Stein). Zitat: „Das Angriffsziel des Informationskrieges ist dann das menschliche Denken, speziell das Denken derer, die die Schlüsselentscheidungen über Krieg und Frieden treffen.“ (Information Warfare (8), in: Airpower Journal, Nr. 1), so Prof. George Stein, am Army War College. Auf dieser Basis wurden weitere Konzepte für weitergehende Formen der Kriegsführung entwickelt, die unter den Leitbildern „Netwar“ oder „Neocortical War“ zusammengefasst werden. Sie beinhalten eine Ausweitung des Kriegsbegriffs auf alle Konfliktformen in der Gesellschaft, die mit öffentlichen Mitteln ausgetragen werden. Informationen gelten dabei zunehmend als Waffe. Die Vordenker in den Universitäten, Colleges und amerikanischen Think Tanks sind der Überzeugung, dass in der gezielten konzentrierten Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Journalisten, Medienkonzernen einerseits und diese Zusammenarbeit steuernden staatlichen Informationsstellen eines Landes andererseits ein gewaltfreies Äquivalent für militärische Macht gefunden wurde. Diese Überzeugungen wurden in fast allen Staaten der EU, besonders in Deutschland und England, übernommen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung des Sicherheitsbegriffs und den damit einhergehenden Änderungen in der Sicherheitsdoktrin werden auch die letzten Vorschläge des Bundesinnenministeriums (in

2008) erklärbar und verständlich, mit denen weitreichende Kompetenzen für das BKA und dessen Zusammenarbeit mit dem BND als Superbehörde (2008, Bundesinnenministerium) bzw. der Einsatz von Software zur Durchsuchung von privaten PC (Stichwort „Bundestrojaner“) gefordert wurde. Vorbild ist hier das „Heimatschutzministerium“ der USA, obwohl das Deutsche Grundgesetz eine strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten vorschreibt. Dabei geht man davon aus, dass ein privater PC in seinem Datenbestand ein „Abbild der Persönlichkeit“ ist und somit hinreichende Informationen über die Tätigkeiten seines Benutzers und dessen Überzeugungen liefern kann (siehe auch Bundesverfassungsurteil zur Online-Durchsuchung in 2008).

An dieser Stelle soll lediglich auf die historischen Wurzeln einzelner Entwicklungen im Rahmen der modernen Kommunikationssysteme hingewiesen werden. Eine Interpretation der zusammengetragenen Fakten kann in diesem Rahmen jedoch nicht stattfinden. Hier soll auf entsprechende Dokumente aus den oben erwähnten Universitäten, zahlreiche Bücher zu diesem Thema und öffentlich zugänglichen Dokumenten des Pentagon und der NATO hingewiesen werden.